SWP

SWP-Aktuell

NR. 59 NOVEMBER 2026

Die Chemiekrise und Europas wirtschaftliche Sicherheit

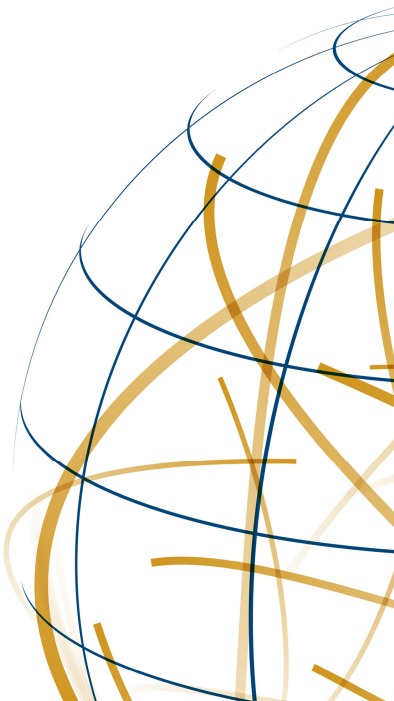
Die Zukunft der Chemieindustrie als geoökonomische Schlüsselfrage

Jacopo Maria Pepe

Die europäische Chemieindustrie steht unter steigendem Wettbewerbsdruck. Hohe Energie- und Rohstoffkosten, wachsende globale Überkapazitäten und die Anforderungen der Dekarbonisierung treffen insbesondere die Grundstoffchemie, aber zunehmend auch die Spezialchemie. Dabei geht es um mehr als die Zukunft einer einzelnen Branche: Als zentrale Vorleistungsindustrie versorgt die Chemie nahezu alle industriellen Wertschöpfungsketten mit unverzichtbaren Materialien. Der Verlust von Produktionskapazitäten kann deshalb weitreichende Folgen für Europas industrielle Basis und wirtschaftliche Sicherheit haben. Zugleich verschärft sich die geoökonomische Konkurrenz: In anderen Wirtschaftsräumen werden Energieversorgung, Rohstoffzugang und industrielle Produktion gezielt miteinander verknüpft und stärker als geopolitischer Faktor begriffen. Europa muss daher nicht nur seine Kostenposition verbessern, sondern auch die Voraussetzungen für integrierte industrielle Wertschöpfung sichern und weiterentwickeln sowie deren Transformation unter wettbewerbsfähigen Bedingungen ermöglichen. Die Zukunft der Chemie wird damit zu einer strategischen Frage europäischer Industrie- und Sicherheitspolitik.

Die Chemieindustrie bildet das stoffliche Fundament moderner Volkswirtschaften. Als Vorleistungsindustrie liefert sie Grundstoffe, Zwischenprodukte und funktionale Materialien für nahezu alle industriellen Wertschöpfungsketten — vom Automobil- und Maschinenbau über Landwirtschaft und Pharma bis zu Halbleitern, Batterien und Wasserstofftechnologien. Chemikalien kommen in rund 95 Prozent aller hergestellten Güter zum Einsatz. Zugleich verbindet die energieintensive Branche Energie-, Rohstoff-, Technologie- und Industriesysteme. Ihre Wettbewerbsfähigkeit ist daher nicht nur für nachgelagerte Industrien, sondern auch für Dekarbonisierung und Resilienz von zentraler Bedeutung.

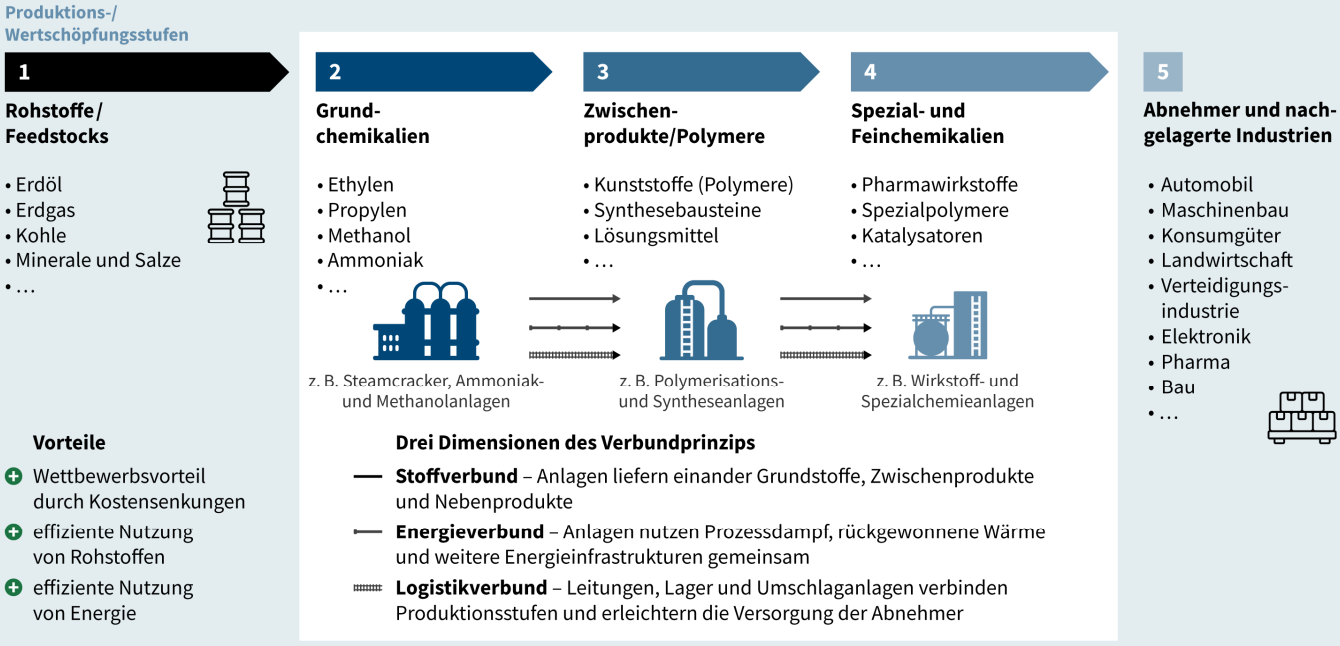
In der EU ist die Chemieindustrie der viertgrößte Industriesektor und eine zentrale Säule industrieller Wertschöpfungsketten. 2024 erzielte sie einen Umsatz von rund 635 Milliarden Euro und beschäftigte direkt mehr als 1,2 Millionen Menschen, indirekt bis zu 19 Millionen. 2022 entfielen rund sieben Prozent der Wertschöpfung des verarbeitenden Gewerbes auf die Branche.



Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Grafik 1

Chemieverbund: Integration der Anlagen an einem Standort zum Verbund



Quellen: Eigene schematische Darstellung und Analyse auf Grundlage von u.a. Cefic/Advancy (2025, S. 22), BASF (Factbook 2012, S. 28–30)

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), 2026 | CC BY 4.0

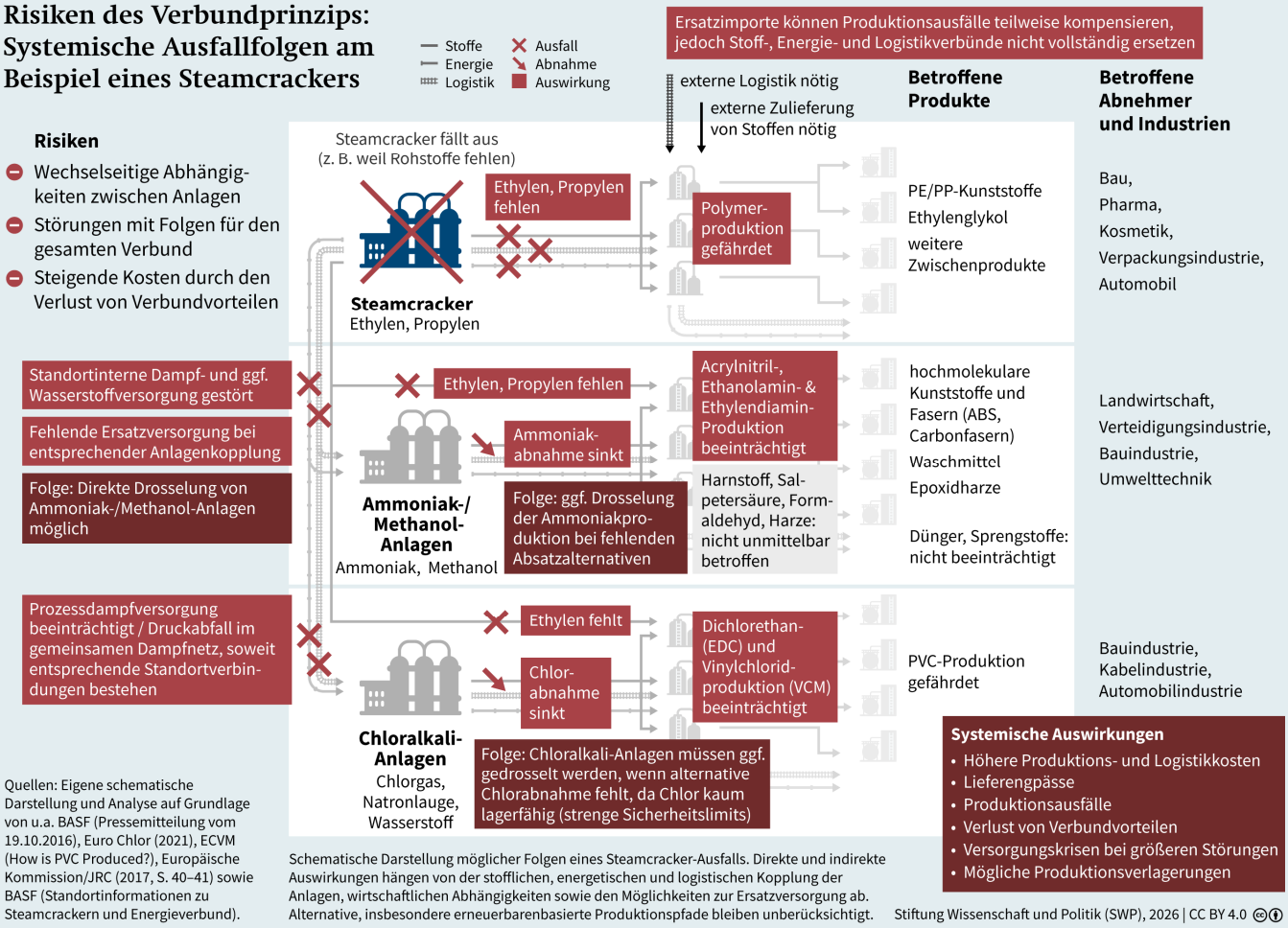
Deutschland nimmt mit mehr als 223 Milliarden Euro Umsatz und rund 480.000 Beschäftigten innerhalb der europäischen Chemieindustrie eine herausragende Stellung ein: 2024 entfiel rund ein Drittel des Umsatzes der Branche auf Deutschland, den mit Abstand größten Chemiestandort in der EU.

Der »Chemieverbund« als Wettbewerbsbasis und strategische Infrastruktur

Die strategische Bedeutung und zugleich die Verwundbarkeit der Chemieindustrie ergeben sich auch aus der engen Verflechtung der für diese Branche kennzeichnenden Produktionsstufen. Diese verbinden Rohstoffe und Feedstocks über Grundchemikalien und Zwischenprodukte bis hin zu Spezial- und Feinchemikalien. Entlang dieser Wertschöpfungskette nehmen die Produktionsmengen tendenziell ab, während die Möglichkeiten zur technologischen Differenzierung und zur Erzielung höherer Wertschöpfung und Gewinnmargen, vor allem in der Spezial- und Feinchemie, zunehmen. Die frühen, energie- und rohstoffintensiven Stufen (1 – 2 in Grafik 1) sichern die materielle Basis nachgelagerter Produktionsprozesse. Die späteren Stufen (3 – 4) bauen darauf auf und erschließen größere Teile der technologischen Wertschöpfung.

Die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Chemieindustrie beruht dabei nicht allein auf einzelnen Produktionsanlagen, sondern auf ihrer Integration in Chemieverbünde. Das insbesondere von BASF geprägte und an weltweit zahlreichen Chemiestandorten umgesetzte Verbundprinzip umfasst drei Dimensionen: den Stoffverbund, der Anlagen und Stoffströme miteinander verknüpft, den Energieverbund, der Energie- und Wärmeflüsse integriert, und den Logistikverbund, der die Versorgung und den Transport über gemeinsame Infrastrukturen organisiert. Nebenprodukte und Abwärme einer Anlage können anderen Anlagen als Rohstoff oder Energiequelle dienen; gemeinsame Infrastrukturen verbinden die Produktionsketten. Standorte wie die große ARRRA-Region (ARRRA-Cluster,

Grafik 2



Quellen: Eigene schematische Darstellung und Analyse auf Grundlage von u.a. BASF (Pressemitteilung vom 19.10.2016), Euro Chlor (2021), ECVM (How is PVC Produced?), Europäische Kommission/JRC (2017, S. 40–41) sowie BASF (Standortinformationen zu Steamcrackern und Energieverbund).

Schematische Darstellung möglicher Folgen eines Steamcracker-Ausfalls. Direkte und indirekte Auswirkungen hängen von der stofflichen, energetischen und logistischen Kopplung der Anlagen, wirtschaftlichen Abhängigkeiten sowie den Möglichkeiten zur Ersatzversorgung ab. Alternative, insbesondere erneuerbarenbasierte Produktionspfade bleiben unberücksichtigt.

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), 2026 | CC BY 4.0

Antwerp-Rotterdam-Rhine-Ruhr Area), Ludwigshafen, Leuna-Schkopau oder Tarragona beziehen ihre Wettbewerbsfähigkeit daher wesentlich aus dem Zusammenspiel ihrer Anlagen und Infrastrukturen.

Diese Integration senkt Kosten und ermöglicht eine besonders effiziente Nutzung von Rohstoffen und Energie. Zugleich schafft sie wechselseitige Abhängigkeiten zwischen Anlagen und Produktionsstufen. Je enger Stoff-, Energie- und Logistikströme gekoppelt sind, desto stärker können Störungen bei einzelnen Komponenten des Verbunds auf das Gesamtsystem durchschlagen. Besonders relevant sind dabei Ankeranlagen wie Steamcracker sowie Ammoniak- und Chloralkalianlagen, deren Produkte und Nebenprodukte für zahlreiche nachgelagerte Prozesse benötigt werden (siehe Grafik 2).

Die Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz solcher Verbundstrukturen sind daher für die Versorgung nachgelagerter Industrien und die industrielle Handlungsfähigkeit Europas von strategischer Bedeutung.

Europäischer Chemieverbund in der Krise

Die europäische und deutsche Chemieindustrie gerät entlang der gesamten Wertschöpfungskette zunehmend unter einen hohen Kosten- und Wettbewerbsdruck.

Die Kapazitätsauslastung der Chemieindustrie in der EU lag 2026 mit rund 75 Prozent deutlich unter ihrem langjährigen Durchschnitt. Zugleich wurde in den vergangenen Jahren die Schließung von mehr als 20 größeren Standorten angekün-

digt, darunter vor allem Anlagen der energie- und rohstoffintensiven Grundstoffchemie.

Die Grundstoffchemie steht am Anfang zahlreicher industrieller Wertschöpfungsketten und ist besonders stark von wettbewerbsfähigen Preisen für Erdgas, Strom und petrochemische Rohstoffe abhängig. Bei der Ammoniakproduktion entfallen beispielsweise mehr als 70 Prozent der variablen Kosten auf Erdgas; im europäischen Petrochemiesektor machen Energiekosten rund 75 Prozent der Produktionskosten aus.

Internationale Energie- und Rohstoffpreisunterschiede wiegen bei standardisierten Basischemikalien besonders schwer, da höhere Produktionskosten aufgrund begrenzter Produktdifferenzierung und Preissetzungsmacht nur eingeschränkt an die Abnehmer weitergegeben werden können.

Die Folgen beschränken sich jedoch nicht auf die Grundstoffchemie. Aufgrund der engen Verflechtung der Produktionsstufen wirken sich Wettbewerbsnachteile und Kapazitätsverluste bei Grundchemikalien und Zwischenprodukten auf nachgelagerte Segmente aus. Werden vorgelagerte Produktionskapazitäten beispielweise stillgelegt, können zwar günstigere Importe einzelne Grundstoffe ersetzen. Zugleich können jedoch durch deren separate Beschaffung zusätzliche Einkaufs-, Transport- und Logistikkosten entstehen, integrierte Stoffströme unterbrochen und bestehende Kostenvorteile der Verbundproduktion verringert oder ganz zunichte gemacht werden. Auch nachgelagerte Segmente wie die Polymerproduktion geraten dadurch zusätzlich unter Druck. Selbst die stärker auf Technologie, Produktdifferenzierung und kundenspezifische Lösungen ausgerichtete Spezial- und Feinchemie bleibt von den strukturellen Problemen der vorgelagerten Produktion nicht vollständig entkoppelt. Einzelne Segmente der Spezial- und Konsumchemie zeigen sich bislang widerstandsfähiger, nicht aber unberührt von den strukturellen Problemen der Branche. Langfristig droht daher nicht nur ein Verlust energieintensiver Grundstoffkapazitäten, sondern eine schleichende Erosion der gesamten europäischen Chemiewertschöpfungsbasis.

Kumulative Wettbewerbsnachteile

Ursache dieser Krise ist das Zusammenwirken struktureller Wettbewerbsnachteile: die im internationalen Vergleich hohen Energie- und Rohstoffkosten, steigende regulatorische Anforderungen, infrastrukturelle Engpässe und der zunehmende Wettbewerbsdruck, der von neuen Produktionskapazitäten und Überkapazitäten in anderen Weltregionen, insbesondere China und den USA, ausgeht. Eine anhaltend geringe Anlagenauslastung und der schrittweise Verlust industrieller Verbundvorteile können diese Nachteile zusätzlich verstärken und die Möglichkeiten der Unternehmen einschränken, sie durch Effizienzsteigerungen, Innovationen und Investitionen auszugleichen.

Der wichtigste Kostennachteil liegt in der Energie- und Rohstoffversorgung. Bereits vor der Energiekrise von 2022 verschaffte die US-Schiefergasrevolution der amerikanischen Industrie strukturelle Vorteile bei Erdgas und gasbasierten Rohstoffen. Zwischen 2006 und 2019 lagen die Gaspreise für industrielle Verbraucher in der EU durchschnittlich rund 2,5-mal höher als in den USA. Mit dem Wegfall russischer Pipelinegaslieferungen und dem Energiepreisanstieg nach 2022 verschärfte sich dieser Nachteil erheblich. Seither lagen die europäischen Industriegaspreise im Durchschnitt etwa fünfmal so hoch wie in den USA und rund 30 Prozent über dem chinesischen Niveau. Günstigere Energie- und Rohstoffbedingungen andernorts sind zugleich förderlich für Investitionen in neue Produktionskapazitäten und können Europas Wettbewerbsrückstand verfestigen.

Auch die CO_2-Bepreisung im EU-Emissionshandelssystem (EU ETS) beeinflusst die Kostenposition. Dieser Faktor muss aber differenziert betrachtet werden. Der durchschnittliche Zertifikatspreis lag 2025 bei rund 75 Euro je Tonne CO_2. Die tatsächliche

Belastung einzelner Chemieanlagen hängt jedoch unter anderem von ihrer Emissionsintensität und der kostenlosen Zuteilung von Zertifikaten ab. Für große industrielle Stromverbraucher schätzt die Europäische Kommission die indirekten CO_2-Kosten 2025 auf durchschnittlich acht bis elf Prozent des Strompreises. Der EU ETS erklärt die strukturellen Wettbewerbsnachteile daher nicht allein. Ausschlaggebend bleiben insbesondere die Unterschiede bei fossilen Energie- und Rohstoffkosten, die durch CO_2-Bepreisung und Netzentgelte zusätzlich verstärkt werden können.

Diese Kostenunterschiede wirken sich auch auf die industrielle Integration aus. Sinkende Auslastung und die Stilllegung vorgelagerter Produktionskapazitäten können die Wirtschaftlichkeit und Funktionsfähigkeit bestehender Chemieverbünde beeinträchtigen. Deren strategische Bedeutung reicht über einzelne Standorte hinaus. So ist die trilaterale Chemieregion Antwerpen—Rotterdam—Rhein—Ruhr (ARRRA) über Pipelines, Binnenwasserstraßen und weitere Transportinfrastrukturen mit nachgelagerten Industrieclustern bis nach Süddeutschland und Norditalien verbunden. Der Verlust einzelner Produktionsstufen kann deshalb Stoffströme unterbrechen, die Wettbewerbsfähigkeit nachgelagerter Produktionsstufen schwächen und Investitionen entlang der Wertschöpfungskette erschweren. Die Folgen können auch industrielle Abnehmer etwa aus der Automobil-, Bau-, Maschinenbau-, Verteidigungs- und Pharmaindustrie treffen. Umgekehrt profitieren integrierte Industriecluster vom Zusammenspiel günstiger Energie- und Rohstoffversorgung, leistungsfähiger Infrastruktur und ausreichender industrieller Nachfrage. Daraus entstehen Kosten- und Skalenvorteile, die isolierte Produktionsstandorte nicht erreichen können.

Wettbewerbsfähige Energie- und Rohstoffkosten und eine verlässliche Versorgung bleiben daher unverzichtbar, reichen zur Überwindung der strukturellen Krise aber nicht aus. Selbst eine Rückkehr zu günstigeren fossilen Energieträgern würde verlorene Produktionskapazitäten und Verbundvorteile nicht automatisch wiederherstellen, den Verlust von Arbeitsplätzen nicht rückgängig machen oder bestehende Unterschiede bei Infrastruktur, Skalierung und Marktzugang beseitigen. Energie- und Rohstoffpolitik müssen deshalb in eine umfassendere Strategie zur Stärkung des industriellen Gesamtsystems eingebettet werden.

Die Dekarbonisierung verändert diese Wettbewerbsbedingungen zusätzlich. Elektrifizierung, Wasserstoff und alternative Kohlenstoffquellen eröffnen neue Produktionspfade, verlagern jedoch einen Teil des Energiebedarfs vom Gas- auf den Strommarkt und stellen neue Anforderungen an Rohstoffe, Infrastruktur und Flächen. Regionen mit günstigem erneuerbarem Strom, geeigneten Ressourcen und ausreichenden Entwicklungsmöglichkeiten können dadurch neue Wettbewerbsvorteile gewinnen.

Für die Chemieindustrie ist diese Transformation besonders anspruchsvoll, da Erdöl und Erdgas nicht nur als Energieträger, sondern auch als Rohstoffe dienen. Etwa 25 bis 50 Prozent des von der europäischen Chemieindustrie bezogenen Erdgases werden stofflich genutzt. Neben neuen Energiequellen benötigt sie daher auch wettbewerbsfähige Wasserstoff- und Kohlenstoffquellen und veränderte Produktionsverfahren. Anders als viele andere energieintensive Branchen muss sie nicht nur Emissionen reduzieren, sondern zugleich die Rohstoffversorgung und Integration ihrer Produktionsstufen unter veränderten technischen und wirtschaftlichen Bedingungen sicherstellen.

Europas Wettbewerbsfähigkeit hängt somit vom Zusammenspiel der Energie- und Rohstoffkosten mit industrieller Integration, Infrastruktur, Logistik, technologischen Fähigkeiten und Absatzmärkten ab. Die Dekarbonisierung verändert diese Standortfaktoren, beseitigt aber nicht automatisch die bestehenden strukturellen Nachteile. Europa verfügt zwar über hochintegrierte Chemieverbünde, leistungsfähige Infrastrukturen und erhebliche technologische Kompetenzen. Die Transformation und Erweiterung bestehender Standorte und ihre stärkere Vernetzung mit vor- und

nachgelagerten Industrien stoßen jedoch teilweise an räumliche, infrastrukturelle und wirtschaftliche Grenzen.

Im internationalen Wettbewerb wird deshalb zunehmend entscheidend sein, wie Weltregionen ihre Ressourcen, Produktionskapazitäten und Infrastrukturen zu leistungsfähigen, großräumig integrierten Wertschöpfungssystemen verbinden, transformieren und wirtschafts- sowie sicherheitspolitisch absichern.

Vom Standort- zum geoökonomischen Systemwettbewerb

Die Belastungen für die europäische Chemie resultieren dabei tatsächlich nicht allein aus den Rahmenbedingungen innerhalb der EU, sondern auch aus einer veränderten globalen Angebotsstruktur. Die Branche trifft auf ein internationales Wettbewerbsumfeld, in dem wichtige Konkurrenten Industrie-, Energie-, Klima-, Rohstoff- und Sicherheitspolitik strategisch verzahnen und dadurch gezielt Standortvorteile für energieintensive Industrien schaffen. Für die europäische Chemie verschärft dies den Anpassungsdruck zusätzlich.

Die Krise der europäischen Chemie verweist damit auf einen umfassenderen Wandel industrieller Wettbewerbsbedingungen. In einer Zeit zunehmender geoökonomischer Konkurrenz, in der Handelsbeziehungen nicht mehr nur über offene Märkte und stabile politische Bedingungen organisiert, sondern geopolitisch beeinflusst werden, hängt die Wettbewerbsfähigkeit energie- und rohstoffintensiver Industrien immer weniger von einzelnen Standortfaktoren ab, sondern mehr und mehr von der Leistungsfähigkeit der sie umgebenden Industrie-, Energie- und Innovationssysteme.

In China, den USA, Indien und den Golfstaaten werden bestehende industrielle Produktionsstrukturen zunehmend zu großräumigen, sektorenübergreifend integrierten Industrie- und Wertschöpfungsräumen ausgebaut. Dabei werden Energie- und Rohstoffversorgung, Raffinerien, chemische Produktionsstufen, Infrastrukturen und nachgelagerte Abnahmeindustrien enger miteinander verknüpft. Anders als bei den historisch gewachsenen europäischen Chemieverbünden erfolgt diese Entwicklung teilweise im Rahmen umfassender industrie- und wirtschaftspolitischer Strategien, die den Ausbau von Produktionskapazitäten und Infrastrukturen, die Ansiedlung komplementärer Industrien und die technologische Weiterentwicklung gezielt und von Anfang an miteinander verbinden. Außen- und wirtschaftspolitische Maßnahmen flankieren diese Entwicklung, etwa durch die Absicherung von Energie- und Rohstoffzufuhren, Investitionsförderung, Forschungs- und Innovationsprogramme und die Erschließung internationaler Absatzmärkte.

Auch eine beschleunigte Dekarbonisierung und Elektrifizierung der Produktionsprozesse sind dafür notwendig. Diese Maßnahmen müssen jedoch in eine umfassendere industrielle Transformationsstrategie eingebettet werden, die Energie- und Rohstoffversorgung, Infrastrukturentwicklung und die funktionale Integration der Chemieverbünde mit der Sicherung nachgelagerter Wertschöpfungsketten verknüpft.

Als zentrale Vorleistungsindustrie verbindet die Chemie Energie- und Rohstoffsysteme mit zahlreichen nachgelagerten Branchen. Der Verlust von Produktionskapazitäten kann deshalb weit über die Branche hinauswirken und die industrielle Basis Europas schwächen. Die Herausforderung besteht darin, das europäische Chemiesystem so weiterzuentwickeln, dass es auch unter veränderten geoökonomischen Bedingungen wettbewerbsfähig bleibt und zur wirtschaftlichen Sicherheit Europas beiträgt.

Schlussfolgerung für Europas Chemieindustrie

Die Chemiekrise ist mehr als eine sektorale Anpassungskrise. Sie berührt zentrale Fragen europäischer Wettbewerbsfähigkeit, wirtschaftlicher Resilienz und strategischer Handlungsfähigkeit, in einer Zeit, in der industrielle Produktion und Resilienz auch

geoökonomische und geopolitische Machtwährung sind. Die europäische Debatte konzentriert sich bisher vor allem auf Energiekosten, Dekarbonisierung und Standortattraktivität. Diese Faktoren sind wichtig, greifen jedoch zu kurz, wenn die strukturelle Einbettung der Chemieindustrie in das gesamte Industriesystem unberücksichtigt bleibt. Die Zukunft der Branche hängt ebenso davon ab, ob industrielle Kernkapazitäten, kritische Stoffströme und infrastrukturelle Voraussetzungen bewahrt und an veränderte technologische, energetische und nicht zuletzt geopolitische Rahmenbedingungen angepasst werden können.

Für die Europäische Union stellt sich damit die Frage, welche industriellen Fähigkeiten künftig als strategisch gelten und in welchem Umfang deren Erhaltung Gegenstand aktiver europäischer Politik sein sollte. Dabei geht es weder um die vollständige Konservierung aller bestehenden Kapazitäten noch um eine möglichst weitgehende Autarkie. Entscheidend ist vielmehr, wirtschaftlich tragfähige industrielle Kernkompetenzen und die damit verbundenen Produktions- und Beschäftigungsstrukturen langfristig zu sichern, die Transformation kosteneffizient zu ermöglichen, kritische Abhängigkeiten zu begrenzen und die industrielle Resilienz zu stärken.

Vier Handlungsempfehlungen

Diese Ziele erfordern mehr als kurzfristige Entlastungsmaßnahmen, betriebliche Restrukturierungen oder sektorale Forderungen nach niedrigeren Energiepreisen. Notwendig ist ein industriepolitischer Ansatz, der wirtschaftliche Sicherheit, industrielle Wettbewerbsfähigkeit und Dekarbonisierung zusammendenkt und Unternehmen, Gewerkschaften, Mitgliedstaaten und europäische Institutionen stärker in die Verantwortung nimmt. Daraus ergeben sich vier Prioritäten für die europäische Industrie-, Energie- und Wirtschaftspolitik.

Erstens sollte die Europäische Union Chemieverbünde systematisch in ihre Strategie für wirtschaftliche Sicherheit integrieren. Mit der *Economic Security Strategy*, dem *Critical Raw Materials Act,* dem *Net-Zero Industry Act*, dem *Clean Industrial Deal* sowie verschiedenen Resilienz- und Lieferketteninitiativen hat die EU wirtschaftliche Sicherheit zu einem zentralen Politikfeld gemacht. Im Mittelpunkt stehen bislang jedoch vor allem einzelne Sektoren wie kritische Rohstoffe, Halbleiter, Batterien, Wasserstoff, digitale Technologien und Verteidigungsindustrien. Mit dem im Juli 2025 vorgelegten *European Chemicals Industry Action Plan* hat die Europäische Kommission die spezifischen Herausforderungen der Chemieindustrie zwar tatsächlich aufgegriffen. Der Plan zielt unter anderem auf die Sicherung kritischer Produktionskapazitäten, die Reduzierung der Energie- und Ausgangsstoffkosten und die Förderung von Leitmärkten, von Innovation und Wettbewerbsfähigkeit. Damit erkennt die EU die strategische Bedeutung der Branche an. Der Ansatz konzentriert sich jedoch vor allem auf die Wettbewerbsfähigkeit und Modernisierung des Sektors. Weniger berücksichtigt werden die Abhängigkeiten zwischen Chemie und nachgelagerten Industrien und die räumliche und infrastrukturelle Verflechtung industrieller Produktionssysteme. Die Funktion der Chemie als sektorübergreifende Grundlage industrieller Wertschöpfung und wirtschaftlicher Sicherheit bleibt damit bislang unterbelichtet. Die EU sollte deshalb chemische Kernkapazitäten, industrielle Verbundstrukturen und deren infrastrukturelle Voraussetzungen stärker in Risikoanalysen, Resilienzstrategien und industriepolitische Entscheidungen einbeziehen. Ziel ist es, Verwundbarkeiten nicht nur bei einzelnen Rohstoffen, Technologien oder Produkten, sondern auch im Zusammenspiel miteinander verbundener Produktionsstufen zu erkennen, denn wirtschaftliche Sicherheit hängt künftig zunehmend von der Stabilität und Anpassungsfähigkeit ganzer industrieller Ökosysteme ab.

Zweitens sollte die EU kritische chemische, inklusive petrochemische, Produktionskapazitäten gezielt sichern. Auf Grundlage einer solchen systemischen

Risikobewertung sollten die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten bestimmen, welche Grundstoff- und Zwischenproduktkapazitäten für zentrale industrielle Wertschöpfungsketten unverzichtbar sind. Denn der Verlust solcher Potentiale kann weit über einzelne Unternehmen hinausreichen, wenn dadurch integrierte Chemieverbünde geschwächt und nachgelagerte Industrien beeinträchtigt werden. Die Erhaltung entsprechender Kapazitäten darf deshalb nicht allein betriebswirtschaftlichen Standortkalkülen überlassen bleiben. Ziel ist nicht die Bewahrung sämtlicher bestehender Anlagen, sondern die gezielte Absicherung jener industriellen Kernfunktionen, die für Europas technologische Leistungsfähigkeit, industrielle Transformation und wirtschaftliche Resilienz wesentlich sind. Die Erhaltung und Transformation der ARRA-Chemieregion sollte dabei ein strategisches Ziel sein.

Drittens muss die Wiederherstellung wettbewerbsfähiger Standortbedingungen Priorität erhalten. Die Senkung der Energiekosten bleibt eine notwendige Voraussetzung für die Stabilisierung der Branche; für sich genommen ist sie jedoch keine ausreichende Strategie. Sie muss zwingend begleitet werden von Investitionen in die Strom-, Wasserstoff-, CO_2-, Hafen- und Transportinfrastrukturen und von einer Beschleunigung der Genehmigungs- und Planungsverfahren. Eine zentrale Rolle kommt dabei den Raffinerien als Schnittstellen zwischen Energie- und Rohstoffversorgung, petrochemischer Grundstoffproduktion und nachgelagerten Chemieverbünden zu. Die von der Bundesregierung angekündigte *Raffineriestrategie* bietet hierfür einen Ansatzpunkt, sollte jedoch um eine europäische Dimension erweitert werden, die die Erhaltung strategisch wichtiger Raffineriekapazitäten mit ihrer Transformation und stärkeren Einbindung in grenzüberschreitende chemische Wertschöpfungsketten verbindet.

Ziel sollte es sein, die infrastrukturelle und industrielle Vernetzung bestehender europäischer Chemiecluster, Raffinerien und nachgelagerter Industrien zu stärken und für die grüne Transformation vorzubereiten. Dadurch ließen sich Verbundvorteile über einzelne Standorte hinaus erschließen, infrastrukturelle Engpässe teilweise überwinden und die Voraussetzungen für Investitionen entlang chemischer Wertschöpfungsketten verbessern.

Viertens sollten ETS und CBAM (Carbon Border Adjustment Mechanism) stärker in eine europäische Wettbewerbs- und Industrietransformationsstrategie eingebettet werden. Beide Instrumente bleiben zentrale Bestandteile der europäischen Klimapolitik. Ihr langfristiger Erfolg wird jedoch davon abhängen, ob sie Emissionsminderungen mit industriellen Investitionen, technologischem Fortschritt und der Sicherung kritischer Wertschöpfungsketten verbinden können. Ein größerer Anteil der ETS-Einnahmen sollte deshalb gezielt in industrielle Dekarbonisierung, strategische Infrastruktur und innovationsrelevante Technologien reinvestiert werden. Dies entspricht auch der Stoßrichtung der jüngeren europäischen Debatte über Wettbewerbsfähigkeit und industrielle Resilienz. Damit ließe sich die Klimapolitik stärker mit dem Ziel verknüpfen, Europas industrielle Basis zu erhalten und deren Transformation unter international wettbewerbsfähigen Bedingungen zu ermöglichen.

Die Chemieindustrie wird damit zu einem Testfall für Europas Fähigkeit, Wettbewerbsfähigkeit, Dekarbonisierung und wirtschaftliche Sicherheit miteinander zu verbinden. Ob dies gelingt, hängt nicht zuletzt davon ab, ob die Europäische Union ihre industrielle Basis als strategischen Faktor wirtschaftlicher Sicherheit begreift und in der Lage ist, sie unter den Bedingungen zunehmender geoökonomischer Konkurrenz zu gestalten und politisch abzusichern.

Dr. Jacopo Maria Pepe ist Wissenschaftler in der Forschungsgruppe Globale Fragen.

Ein nachfolgendes SWP-Aktuell untersucht die globale Neuordnung der Chemieindustrie, vergleicht unterschiedliche industrielle Entwicklungsmodelle und beleuchtet die daraus erwachsenden strategischen Herausforderungen und Handlungsoptionen für Europa.

Dieses Werk ist lizenziert unter CC BY 4.0

Das Aktuell gibt die Auffassung des Autors wieder.

In der Online-Version dieser Publikation sind Verweise auf SWP-Schriften und wichtige Quellen anklickbar.

SWP-Aktuells werden intern einem Begutachtungsverfahren, einem Faktencheck und einem Lektorat unterzogen. Weitere Informationen zur Qualitätssicherung der SWP finden Sie auf der SWP-Website unter https://www.swp-berlin.org/ueber-uns/qualitaetssicherung/

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3—4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org

ISSN (Print) 1611-6364
ISSN (Online) 2747-5018
DOI: 10.18449/2026A59